

EUROPAS WOCHEN DER WAHRHEIT

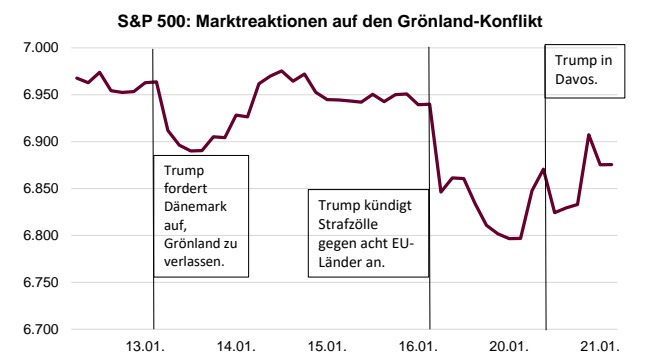
Nach den Zollandrohungen des US-Präsidenten am Samstag gegen einige europäische Länder, die sich für Grönland stark gemacht haben, folgte am Mittwochabend die Entwarnung. Für viele Europäer hat Donald Trump mit seinen Grönland-Forderungen eine rote Linie überschritten. Den angedachten Gegenmaßnahmen der Europäer fehlte es aber an Glaubwürdigkeit. Doch auch für die USA sind die Dinge komplizierter, als es auf den ersten Blick scheint. Die überraschend schnelle Einigung zwischen Europa und den USA am Mittwochabend löste eine spürbare Erleichterung aus. Ein dauerhafter Erfolg für Europa war diese Woche dennoch nicht.

Für Europa geht eine Woche der Wahrheit zu Ende. Nach den Zollandrohungen des US-Präsidenten am Samstag gegen einige europäische Länder, die sich für Grönland stark gemacht haben, folgte am Mittwochabend die Entwarnung. Donald Trump hatte sich am Rande des Weltwirtschaftsforums von Davos mit NATO-Generalsekretär Mark Rutte auf eine Lösung für Grönland geeinigt und nahm umgehend die Zollandrohungen wieder zurück. Die Erleichterung war groß und auch an der Entwicklung der Aktienkurse ablesbar. Dennoch gibt es am Ende dieser Woche aus politischer Sicht für Europa wenig zu feiern. Doch zunächst der Reihe nach.

Über die **Motive für die Grönland-Ambitionen des US-Präsidenten** ist häufig gerätselt worden. Ob am Ende eher die Geopolitik oder doch der Ressourcenhunger dominieren, ist aber zweitrangig. Aus Sicht der USA ist Grönland einfach auch deshalb attraktiv, weil es eine scheinbar leichte Beute darstellt. Es gibt dort keinen von fremden Großmächten unterstützten Diktator, den es zu entmachten gälte. Die USA sind dort militärisch bereits präsent und geographisch gehört Grönland zum nordamerikanischen Kontinent. Die Zerreißprobe für die transatlantische Allianz und die NATO, die die Grönland-Ambitionen auslösen, wiegt aus Trumps Sicht nicht schwer, da er sich von den Europäern ohnehin übervorteilt fühlt. Nicht zu unterschätzen ist zudem die Tatsache, dass es bis 1867 ein „Russisch-Amerika“ gab, das heute „Alaska“ heißt und von den USA für einen Spottpreis von 7,2 Mio. US-Dollar (heute etwa 160 Mio. US-Dollar) vom russischen Zarenreich erworben wurde. Traumatisch aus US-Sicht ist dagegen die Kuba-Krise von 1962. Damals installierte die Sowjetunion eine Raketenbasis auf Kuba, nachdem ein Jahr zuvor ein Invasionsversuch der USA kläglich gescheitert war.

Für viele Europäer hat Donald Trump mit seinen Grönland-Forderungen allerdings eine rote Linie überschritten. Die – eher symbolische – Verlegung von

europäischen Soldaten nach Grönland war der Versuch, den USA die Stirn zu bieten und wurde prompt mit Zollandrohung beantwortet. In Europa wurde daraufhin Gegenzöllen im Volumen von rund 93 Mrd. Euro diskutiert. Erwogen wurde auch der Einsatz des „Anti-Coercion Instruments“, das von Zöllen über Dienstleistungsbeschränkungen, Investitionskontrollen und den Ausschluss von öffentlichen Aufträgen bis hin zu finanzmarktbezogenen Maßnahmen reicht.



Wirklich glaubwürdig sind solche Drohungen allerdings nicht. Ein finanzieller Gegenschlag, etwa durch den Abbau europäischer Bestände an US-Aktien und -Staatsanleihen, würde Washington zwar empfindlich treffen, zugleich aber auch eine globale Finanzkrise auslösen, von der Europa mindestens ebenso stark betroffen wäre. Die offene Infragestellung der US-Militärpräsenz in Europa wäre zwar eine echte Drohung, würde jedoch die sicherheitspolitische Abhängigkeit Europas schonungslos offenlegen.

Doch auch für die USA sind die Dinge komplizierter, als es auf den ersten Blick scheint. Wenn es um die Eindämmung russischer und chinesischer Einflüsse geht, sind die Europäer ein wichtiger Partner. Ein zu harter Umgang mit ihnen könnte sie in die Arme Chinas und Russlands treiben. In den USA selbst hätte Trump zudem wenig Unterstützung für ein militärisches Vorgehen auf Grönland gehabt. Gegenzölle der EU hätten Importe weiter

verteuert und das Problem der zu hohen Lebenshaltungskosten in den USA verschärft. Nicht zu unterschätzen ist auch die Rolle der Finanzmärkte als Korrektiv. In seiner Davos-Rede erwähnte Donald Trump explizit die negativen Marktreaktionen. Ein militärisches Abenteuer, das den US-Bürgern Vermögensverluste beschert, ist in einem Wahljahr sicher nicht ratsam.

Es mögen solche Überlegungen gewesen sein, die am Mittwoch zu der überraschenden Deeskalation geführt haben. Die **Details der Vereinbarung** sind noch nicht bekannt, doch einige Informationen sind bereits durchgesickert. Die Rücknahme der Zolldrohungen dürfte eine der zentralen Forderungen Europas gewesen sein. Die USA bestanden hingegen auf einer Neuverhandlung des Abkommens über die Stationierung von Truppen auf Grönland aus dem Jahr 1951. Künftig soll es einen Passus zum geplanten Raketenabwehrschirm „Golden Dome“ enthalten. Zudem dürften die USA künftig wohl bei der Investitionskontrolle für Grönland mitreden. So könnten sie verhindern, dass sich Länder wie China oder Russland Ressourcen auf der Insel sichern. Die europäischen NATO-Staaten haben versprochen, sich stärker für die Sicherheit in der Arktisregion zu engagieren. Für die Europäer ist es sehr wichtig, dass die Vereinbarung keine Abtretung Grönlands an die USA darstellt. Allerdings sollen die US-Militärbasen auf Grönland – nach dem Vorbild Zyperns – wohl künftig Teil des US-Staatsgebiets werden.

Die Europäer haben diese Woche ein wahres Wechselbad der Gefühle durchlebt. Im schlimmsten Fall hätte ihnen ein „Krim-Moment“ drohen können, bei dem sich ein (ehemaliger) Verbündeter völkerrechtswidrig Teile

des eigenen Territoriums bemächtigt. Nach der Einigung am Mittwochabend überwog jedoch die Erleichterung. Auch ein bisschen Stolz war zu spüren, dass sich Europa diesmal – anders als im Zollstreit des vergangenen Jahres – überzeugender gewehrt hatte.

Für Europa war es, trotz des scheinbaren Happy Ends in Davos, dennoch keine gute Woche. **Im Umgang mit dem Bündnispartner USA verschieben sich die Grenzen dessen, was als normal betrachtet wird, immer weiter.** Während die Europäer sich im vergangenen Jahr noch vor allem davor fürchteten, dass die USA die NATO verlassen könnten, sind sie nun schon erleichtert, wenn sie von ihrem NATO-Partner nicht militärisch angegriffen werden. Beim Thema Grönland dürfte aus Sicht der USA zudem das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

Noch schlimmer ist jedoch die Tatsache, dass die Europäer es in dieser Woche versäumt haben, die einzig richtige Konsequenz aus der Grönland-Krise zu ziehen: sich unabhängiger von den USA zu machen. Im EU-Parlament stimmte eine bemerkenswerte Allianz aus Linken, Rechtsextremen und Abweichlern aus der Mitte dafür, das Handelsabkommen Mercosur vor den Europäischen Gerichtshof zu bringen. Durch diese Entscheidung wird sich die endgültige Ratifizierung des Abkommens um mindestens ein bis zwei Jahre verzögern. Die Verabschiedung des Mercosur-Abkommens hätte Europa nicht nur wirtschaftliche Vorteile gebracht, sondern wäre auch ein starkes Signal der Unabhängigkeit gewesen. **So aber geht eine Woche zu Ende, die Europa trotz mancher Erfolge schwächer gemacht hat.**

Ansprechpartner: Investment Office Marcard, Stein & Co, Dr. Christoph Kind (ckind@marcard.de), +49 40 32099-319, Dr. Tariq Chaudhry (tchaudhry@marcard.de), Yannick Düring (yduering@marcard.de), Ralph Groß (rgross@marcard.de), Maximilian Vöpel (mvoepel@marcard.de)

Herausgeber

MARCARD, STEIN & CO AG – DIE FAMILY OFFICE BANK, Ballindamm 36, 20095 Hamburg, Tel. +49 40 32099-0, Fax +49 40 32099-200, www.marcard.de

© Copyright 2026

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes ist ohne unsere Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Medien des gesamten Inhalts oder von Teilen.

Haftungsausschluss

Dem Inhalt dieses Werks liegen vertrauenswürdige Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen zugrunde. Für die Richtigkeit können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Die hierin enthaltenen Aussagen können jederzeit ohne Vorankündigung geändert werden. Dieses Werk stellt weder ein Verkaufsangebot noch eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf von Wertpapieren dar und ersetzt keine aktuelle anleger- und produktbezogene Beratung über den Erwerb von Wertpapieren. Voraussetzung für eine kunden- und produktgerechte Beratung ist, dass Sie uns auf unsere Fragen bezogen auf Ihre Anlageziele und finanziellen Verhältnisse aktuelle, richtige und vollständige Angaben machen. Nur so sind wir in der Lage, Ihnen Empfehlungen entsprechend Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten zu geben. Im Rahmen der Geeignetheitsprüfung gleichen wir unsere Empfehlungen mit Ihren Anlagezielen und finanziellen Möglichkeiten ab. Insbesondere die Risikobereitschaft, Verlusttragfähigkeit und der bevorzugte Anlagehorizont bilden essentielle Bausteine für eine erfolgreiche und individuell zugeschnittene Anlageberatung.

Die Ausführungen gehen von unserer Beurteilung der gegenwärtigen Rechts- und Steuerlage aus. Durch etwaige andere Gesetze, Gesetzesänderungen, Veränderung der Rechtsprechung oder Erlasse kann sich die steuerliche Beurteilung – ggfs. auch rückwirkend – verändern und können die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflusst werden. Die in diesem Werk enthaltenen Meinungsäußerungen geben unsere aktuelle Einschätzung wieder. Die in dieser Einschätzung zum Ausdruck gebrachten Meinungen können sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern. Die steuerlichen Ausführungen erheben nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Aspekte zu behandeln, die aufgrund der persönlichen Umstände des einzelnen Anlegers von Bedeutung sein können. Interessierten Anlegern wird daher empfohlen, sich von einem Angehörigen der steuerberatenden Berufe über die steuerlichen Folgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung von Wertpapieren beraten zu lassen. Für die Richtigkeit der hier genannten Informationen übernehmen wir keine Gewähr.